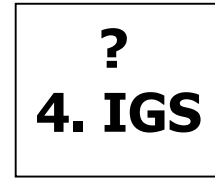


Aktion: 4. IGS in Braunschweig



Liebe IGS Freunde.

Wenn ich es für zielführend und informativ halte, gebe ich auch Pressemeldungen von allen Parteien und Organisationen im INFOBrief weiter. So wie die unten stehende von B90/DG.

MP Wulff und KM Busemann, die Hauptverantwortlichen für das Errichtungsverbot (§ 12 Niedersächsisches Schulgesetz) von Gesamtschulen, stehen unter Druck. Sie wissen natürlich längst, dass das Errichtungsverbot nicht zu halten ist und sie damit Niedersachsen auch schaden. Vergleiche hier auch den Presseartikel „Innovationswüste Niedersachsen“ aus der NORD/LB-Studie, den ich dem 28.INFOBrief beigefügt hatte.

Wie schon öfter betont, will die CDU kein Geld in die Hand nehmen, um Gesamtschulen aufzubauen, auch wenn die mittel- bis langfristig deutlich preiswerter sind (eine Schule statt drei). Dabei werden die gewaltigen sozialen Kosten und Bildungskosten im zweiten und dritten Bildungsweg und sonstige schulische und berufliche Fördermaßnahmen, die durch Schulabbruch entstehen, von der CDU nicht berücksichtigt. Wir müssen es immer wieder deutlich sagen: MP Wulff und seine CDU verhindern Bildung für alle und sind damit verantwortlich für die Verschleuderung der intellektuellen Ressourcen und Investitionskapital in unserem Bundesland. Diese CDU-Politiker sind damit zum Innovations- und Standortrisiko geworden.

Nun haben sie sich in ihrem Errichtungsverbot verstrickt. Sie können natürlich nicht zugeben, dass sie bildungspolitisch und damit auch wirtschafts- und finanzpolitisch versagt haben. Sie machen im Wahlkampf nun Versprechungen, das Errichtungs-Verbots-Gesetz (EVG) nicht mehr so stringent anzuwenden und Wulff stellt sogar uns Braunschweigern eine 4. IGS in Aussicht.

– **Alles Wahlkampf – nichts ist zu glauben!**

Für Bildung, Kinder und damit für die Zukunft will die CDU keine Geld ausgeben!

Sonst gäbe es das EVG nicht

Und in unserem Haus, hier in Braunschweig? Schweigen aus der Verwaltung. Immerhin hat Busemann in seiner Ansprache letzte Woche vor dem Landtag besonders die Verantwortung der Kommunen betont, denn der Schulträger müsse eine IGS auch wollen und finanzieren. Die CDU Ratsfraktion sagt schon mal vorab, dass durch die Einrichtung einer 4. IGS die Haushaltskonsolidierung der Stadt in Gefahr sei. Die CDU Ratsfraktion bittet die Verwaltung schon mal zu prüfen, ob die bestehenden IGS erweitert werden können und, ob vielleicht „IGS-Filialen“ gegründet werden könnten. Das lehnen wir von der „Aktion 4. IGS“ natürlich entschieden ab. Weil die Rats-CDU nicht damit rechnen kann, dass Wulff täglich seine Position in Sachen IGS ändert, ist diese Bitte an die Verwaltung schon ein Wulff-Gedanke von gestern. Inzwischen kann er sich ja auch vorstellen, dass in Braunschweig eine weitere IGS gegründet wird.

Gruß
Uwe Meier

Die Presseschau / Landtagsdebatte IGS: <http://gew-nds.de/gesamtschulen.php>

Neun Jahre gemeinsame Schule für alle - auf jedeN kommt es an! mehr:
<http://www.neue-schule-niedersachsen.de/>

PRESSEMITTEILUNG

Bündnis 90/Die Grünen im niedersächsischen Landtag

Datum: 19. Oktober 2007

Schwarz-gelbe Schulpolitik gescheitert - Erneut weniger Hauptschüler

Nur noch 13,2% des aktuellen 5. Schuljahres besuchen die Hauptschule. Das geht aus der Antwort der Landesregierung auf eine parlamentarische Anfrage der stellvertretenden Grünen-Fraktionsvorsitzenden Ina Korter hervor. Die Bemühungen zur Stärkung der Hauptschulen seien gescheitert: "Seit Wulff und Busemann die Hauptschule stärken, geht keiner mehr hin", sagte Ina Korter heute (Freitag) in Hannover.

Das sei der Beweis für das schulpolitische Scheitern der Landesregierung. "Die Eltern wollen die frühe Trennung in angeblich unterschiedliche Begabungen nicht. Sie wollen die Bildungschancen ihrer Kinder länger offen halten", so Korter

Der Rückgang an den Hauptschulen geht fast vollständig zu Gunsten der Gymnasien. 44% der Fünftklässler besuchen diese Schulform. An den Realschulen hat sich die Schülerzahl mit einem Plus von 0,5% gegenüber dem Vorjahr kaum verändert.

Bei näherer Betrachtung falle vor allem die niedrige Hauptschülerquote in den großen Städten auf. In Hannover hätten lediglich 7,1 % die Hauptschule angewählt, in Braunschweig 8% und in Oldenburg 8,6%, so Korter. Die Grünen-Abgeordnete führt dies auf ein breites Angebot in erreichbarer Entfernung zurück: "Wo es Alternativen, etwa eine Gesamtschule, gibt, ist die Hauptschule praktisch tot!". Dieses Anwahlverhalten zeige sich auch in ländlichen Regionen, so Korter. "Es fällt auf, dass der Anteil der Hauptschülerinnen und Hauptschüler etwa in

Osterholz oder in Schaumburg deutlich geringer ist, als in vergleichbaren ländlichen Räumen. Dort gibt es ebenfalls Integrierte Gesamtschulen", sagte die Grünen-Schulexpertin.

Korter fordert die Landesregierung auf, unverzüglich mit dem Umbau des Schulsystems zu beginnen. Die Neugründung von Gesamtschulen müssen unverzüglich überall wieder zugelassen werden.

[Ab 26. INFOBrief auch auf der homepage](http://www.unser-braunschweig.de/)

<http://www.unser-braunschweig.de/>